

Protokoll

Vollversammlung des Diözesanrats der Katholiken im Erzbistum Berlin am 15. November 2025

Katholische Schule St. Marien, Donastr. 58, 12043 Berlin-Neukölln

Anwesend: s. Liste (Anlage 1)

Es wurde mit folgender Tagesordnung eingeladen:

1. Annahme der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der Vollversammlung vom 17. Mai 2025
3. Anfragen an den Vorstand
4. Berichte
5. Schwerpunktthema: Dienst an der Gesellschaft – Hilft nur die Pflicht?
6. Gremienwahlen 2026
7. Anträge
8. Verschiedenes

Frau Dr. Abmeier begrüßt alle Mitglieder der Vollversammlung und die Gäste Frau Rahner (Leiterin des Schulzentrums St. Marien), Herrn Weber (Leiter des Bereichs Pastoral) und Herrn Engelbreth (Leiter des Katholischen Büros).

Frau Rahner spricht ein Grußwort und hebt die Bedeutung des Schulzentrums in Neukölln hervor.

Die Spendensammlung für den Drei-Königs-Preis 2026 ergibt 687,20 €.

Frau Wilhelm führt als Moderatorin durch die Vollversammlung.

1. Annahme der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.
--

2. Genehmigung des Protokolls der Vollversammlung vom 17. Mai 2025

Das Protokoll wird bei 1 Enthaltung und ohne Nein-Stimmen genehmigt.
--

3. Anfragen an den Vorstand

Es wurden keine Anfragen an den Vorstand eingereicht.

4. Berichte

Es gab einen schriftlichen Jahresbericht über die Tätigkeiten des Vorstands, der Sachausschüsse und AGs und über die Außenvertretungen. Darüber hinaus wird berichtet:

Vorstand

Frau Dr. Abmeier berichtet für den Vorstand (s. Anlage 2). Sie sieht den Diözesanrat unter dem vom Papst ausgerufenen Anspruch, „die Welt zu einem besseren Ort“ zu machen, als Impulsgeber für Themensetzung bzw. Aktivitäten der Laien. Das bedeutet im Einzelnen:

- Immobilienentwicklung ist nach wie vor große Herausforderung. Mit Immobilien geht Verantwortung einher. Daher ist es zukunftsweisend, gemeinsam mit Akteuren der Zivilgesellschaft Nutzungskonzepte zu entwickeln.
- Klimaziele: Mit der Veröffentlichung im Amtsblatt ist der Startschuss für die Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen gefallen. Es gilt, zügig mit den Richtlinien zur Umsetzung anzufangen.
- Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs: Die Fortführung der Arbeit nach der Auflösung der Interdiözesanen Kommission für Aufarbeitung muss sichergestellt werden. Um am Thema zu bleiben, wurde Herr Klose (Hl. Edith Stein) zum Themenbeauftragten gewählt.
- Wahlen: Nach dem Ende der Regierungskoalition im November 2024 fanden die Bundestagswahlen früher als geplant statt. Es gab einige Aktivitäten des Diözesanrats in Form von Veranstaltungen, Bannerkampagne und Wahlaufrufen. Im Jahr 2026 stehen die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus an.
- Deutsch-Polnische Versöhnung: Aus Anlass von 60 Jahren Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe fand eine Gedenkreise statt. Darüber hinaus hat die Pfarrei Frankfurt (Oder) vom 16.-23. November eine umfangreiche Themenwoche organisiert.

Auf die Frage von Frau Wibbels (KIA Katholische Initiative Ausbildung), wie es um die Umsetzung der Beschlüsse zur Jugendpastoral („Perspektiventwicklung umsetzen“ und „Jugend braucht Räume“) steht, antwortet Frau Dr. Abmeier: Die Umsetzung liegt in der Verantwortung aller, auch der Diözesanratsvertretungen aus Pfarreien und Verbänden. Der Sachausschuss Pastoralentwicklung hat, wie es im Beschluss zur Perspektiventwicklung vorgesehen ist, mit Kolleginnen und Kollegen aus der Jugendpastoral über die Zusammenarbeit mit dem Diözesanrat beraten.

Frau Delere (Einzelpersonlichkeit) fragt nach der Umsetzung des Synodalpastoralratsbeschlusses zur Verkündigung. Frau Bomke (Teltow-Fläming) berichtet, dass der Beschluss Ergebnis eines harten Ringens ist und nun von allen mitgetragen wird. Der Aspekt der Verkündigung durch Frauen ist zugunsten der Stärkung der Verkündigung insgesamt zurückgestellt worden. Entscheidend wird sein, was im Brief des Erzbischofs steht. Herr Dr. Höwer (Bund Katholischer Unternehmer) ergänzt: Verkündigung der Kirche findet nur zu einem geringen Teil am Ambo statt und zu einem großen Teil durch Zeugnisse von Laien in Welt und Gesellschaft.

Synodalpastoralrat

Frau Rosenbach (Johannes Bosco) berichtet:

Der Antrag zur Einladung von Gästen aus der Ökumene wurde beschlossen. Der Antrag zur Geschlechtergerechtigkeit aus der Vollversammlung des Diözesanrats wurde thematisch aufgeteilt und in Ausschüsse verwiesen. Bereits beschlossen wurden die Anträge zu den Themen Sichtbarkeit von Frauen und zur Verkündigung.

Viel Raum nimmt die Beratung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Erzbistums ein (Haushalt und Pfarreienfinanzierung).

Auf die Frage von Herrn Streich (St. Hildegard von Bingen) nach den geplanten inhaltlichen Schwerpunkten antwortet Frau Dr. Abmeier mit dem Hinweis auf die Finanzen des Erzbistums und einen Antrag zur Evangelisierung, der in Vorbereitung ist.

Es wird daran erinnert bzw. vereinbart:

- Beschlüsse des Synodalpastoralrats werden im Vorfeld der Vollversammlung des Diözesanrats verschickt.
- Plenarversammlungen des Synodalpastoralrats sind öffentlich.
- Das Strategiepapier des Diözesanvermögensverwaltungsrats wird den Mitgliedern der Vollversammlung zur Kenntnis gegeben (s. Anlage 3).

Diözesanvermögensverwaltungsrat

Herr Dr. Thiede (St. Elisabeth) berichtet (s. Anlage 4):

Mittel- und langfristige Strategie zur Finanzierung der Aufgaben: Einbruch der Kirchensteuermittel wird erwartet, da Gläubige weniger und Mitglieder älter (und damit mit geringerer Steuerpflicht) werden. Ein Impulspapier wurde erarbeitet als Aufschlag für eine Debatte, wie und wofür die geringer werdenden Mittel eingesetzt werden. Zur Diskussion stehen die Mittel für Hedi Kitas, Caritas, Schulen, EBO und Pfarreien.

Sanierung von Schulen: Baumaßnahmen sind sehr kostspielig, der Investitionsstau ist groß. Auf Basis einer Schätzung des Bereichs Bildung braucht es 100 Millionen Euro für die Sanierung der Schulen. Zur Diskussion steht auch die Form der Trägerstruktur.

Schulgeldreform: Nicht nur wegen des großen Widerstands der Eltern befasst sich der DVR mit den Folgen (Anmeldezahlen/Einnahmesituation) der Reform. Herr Dr. Lehmann (Einzelpersonlichkeit) ergänzt: Es wird beim Schulgeld noch einmal eine Reform geben wegen der zu erwartenden Besserstellung der Schulen in privater Trägerschaft durch den Senat. Eine Angleichung der Höhe des Schulgelds an evangelischen und katholischen Schulen wird angestrebt.

Frau Grosch (Hl. Theresa von Avila) begrüßt, dass das Strategiepapier des DVR in den SPR eingebracht worden ist. Es bleibt zu wünschen, dass die Impulse aus dem SPR auch im DVR Gehör finden. Sie erneuert den Appell, dass der Verkauf von Grundstücken und Immobilien die letzte Option ist.

Herr Dr. Höwer (Bund Katholischer Unternehmer) warnt vor Fatalismus der Fortschreibung negativer Trends in der Kirche. Es gibt auch gegenläufige Trends, etwa bzgl. Kirchenbindung von unter 30-Jährigen in USA und Frankreich.

Frau Stanislawski (Katholische Erziehergemeinschaft) bittet um eine Präzisierung des Hinweises auf die Trägerstruktur.

Herr Dr. Thiede antwortet mit dem Hinweis, dass Schulen nicht zwangsläufig durch das Erzbischöfliche Ordinariat verwaltet werden müssen. Aktuell führte genau das zum vorliegenden Investitionsstau. Alternative Trägermodelle wie eine Stiftung werden in Erwägung gezogen.

Herr Urig (Einzelpersonlichkeit) erinnert daran, dass an katholischen Schulen der Anteil der Kinder von Eltern mit überdurchschnittlichem Einkommen und Bildungsstand überrepräsentiert ist. Es braucht einen wertschätzenden Blick auf Benachteiligte und Menschen, die aufgrund geringer finanzieller Mittel benachteiligt sind. Die Rede von „sozial Schwachen“ ist unzutreffend und sollte unterlassen werden.

Erzbistum Berlin

Herr Weber (Leiter Bereich Pastoral) berichtet:

Der Erzbischof lässt herzliche Grüße und seinen Dank für das vielfältige Engagement ausrichten. Herr Weber berichtet von einer großen Vielfalt innovativer Pastoral im gesamten Erzbistum. Der Gottesdienstbesuch wächst ebenso wie die Zahl der Ministrantinnen und Ministranten. Das Erzbistum ist das jüngste Bistum in Deutschland. Auf folgende Aspekte möchte er hinweisen:

- Immobilienentwicklung: Maßgeblich ist die Kombination aus pastoralen, ökologischen, sozialen und ökonomischen Kriterien. Aktuell sind 11 Pfarreien mit dem Dienstleister im Prozess, einzelne Pfarreien sind selbständig unterwegs. Vier Pilotpfarreien kommen an den Punkt, Entscheidungen zu treffen.
- Pfarreienfinanzierung: Ab dem Jahr 2027 soll ein neues System eingeführt werden, das sich an Katholikenzahl und Fläche ausrichtet und die Bildung von Rücklagen ermöglicht. Dadurch soll auch eine größere Eigenverantwortung der Pfarreien ermöglicht werden.
- Prozess „Wo Glauben Raum gewinnt“ kommt strukturell an sein Ende. Thematisch wird die Pfarreientwicklung fortgeführt.
- Neuaufstellung Bereich Pastoral: Der Bereich möchte hinausgehen in die Fläche; Umgang mit Ehrenamtlichen soll verbessert werden, beginnend mit der Jahresplanung; manche Bereiche werden neu ausgerichtet: Kinderpastoral (mit Religiöser Kinderwoche), Ehrenamt und Engagementförderung, Jugendpastoral (mit Thema Junge Erwachsene), Pilgerstelle in Vorpommern, Hochschulpastoral.
- Soziale Arbeit in Pastoralen Teams ist ein Erfolgsmodell. Aktuell gibt es 13 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, perspektivisch sollen es 24 sein.
- Veranstaltungen:
 - o 5. September 2026: Abkupfern erwünscht wird erneut aufgelegt, herzliche Einladung zur Beteiligung und Teilnahme.
 - o Seelsorgekonferenz wird ab 2027 neu strukturiert (zweitägig) mit dem Ziel einer stärker inhaltlichen Arbeit und der Vernetzung der Berufsgruppen.
 - o Weltjugendtag 2027 in Südkorea: Einladung, sich schon jetzt auf den Weg zu machen und die Fahrt von Jugendlichen zu unterstützen.
 - o Im Jahr 2028 Wallfahrt nach Vilnius in Vorbereitung einer Bistumspartnerschaft.
 - o Bistumsjubiläum im Jahr 2030, evtl. mit Romwallfahrt.

Auf Rückfragen von Frau Delere und Frau Petrauschke (KDFB) antwortet Herr Weber.

- Evtl. gelingt es, die Pfarrstelle in der KSG bereits zum 1. Dezember nachzubesetzen.
- Es wird geprüft, wo die Aufgabe der Ansprechperson für Frauen sinnvoll angesiedelt ist. Für die Klärung der Frage und die Themen aus dem Antrag wird ein klarer Zeithorizont vereinbart.

Caritas Delegiertenversammlung

Herr Wolf (Familienbund der Katholiken) berichtet:

Die stärkere Beteiligung der Vertreterinnen und Vertreter der Pfarreien in der Delegiertenversammlung ist wünschenswert. Der Caritas-Sonntag ist eine gute Gelegenheit, um in Pfarreien für Tätigkeit der Caritas zu werben.

Bei der Delegiertenversammlung wurde ein Antrag über die strukturelle Zusammenarbeit von Hedi Kitas und Caritasverband beraten, der eine deutliche Reduzierung der Mitgliedsbeiträge der Hedi Kitas beim DiCV vorsah. Der Antrag wurde abgelehnt.

Folgende weitere Themen wurden beraten: Cybersicherheit, leicht sinkende Personalstärke (wegen weniger werdender öffentlicher Mittel), Fachkräftemangel

Zentralkomitee der deutschen Katholiken

Frau Dr. Abmeier berichtet:

- Die erste Amtszeit der Präsidentin Dr. Stetter-Karp endet. Sie kandidiert erneut.
- Prozess der Selbstvergewisserung ist im Gange, u.a. neues Leitbild, Positionspapiere zu Europa und Fachkräftemange.
- Themen der nächsten Vollversammlung: Neues Statut, Sparzwang, Wahlen;
- Über Synodalkonferenz wird im Synodalen Ausschuss entschieden.
- Katholikentag findet vom 13.-17. Mai 2026 in Würzburg statt.

Herr Dr. Lehmann (Einzelpersonlichkeit) ergänzt: Die Sparmaßnahmen des Verbands der Diözesen Deutschlands (VDD) führen dazu, dass zahlreiche Verbände in ihrer Existenz gefährdet sind. Damit sind etablierte Strukturen und vorhandene Kompetenz in Gefahr. Frau Dr. Abmeier teilt diese Einschätzung. Es wird auf der ZdK-Vollversammlung ein Antrag zur Steigerung der Umlage der Diözesen an den VDD diskutiert. Außerdem wird im Kirchensteuerpapier mehr Transparenz und Partizipation von Laien gefordert.

Herr Klose (Hl. Edith Stein) berichtet davon, dass die Beiträge für überdiözesane Aufgaben kontinuierlich gesunken sind, während die Kirchensteuereinnahmen Jahr für Jahr Rekordwerte erreicht haben.

5. Schwerpunktthema: Dienst an der Gesellschaft – Hilft nur die Pflicht?

Frau Dr. Abmeier führt ins Thema ein und lädt zur offenen Diskussion ein.

Herr Prof. Dr. Elbe, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr Potsdam, gibt einen Impuls mit dem Fokus auf die Wehrpflicht (s. Anlage 5).

Frau Trinh Quang, Referentin für Freiwilligendienste beim Deutschen Caritasverband, hält einen Impuls mit dem Fokus auf Freiwilligendienste (s. Anlage 6).

In Tischgruppen beraten die Mitglieder der Vollversammlung über Chancen, Risiken und Rolle der Kirche und des Diözesanrats im Themenfeld Dienst an der Gesellschaft und Pflichtjahr (s. Anlage 7).

Das Stimmungsbild zur Frage, ob der Diözesanrat in dem Themenfeld weiterarbeiten soll, ist sehr divers. Es gibt die Möglichkeit, Interesse an einem Arbeitstreffen anzumelden, bei dem über Art und Weise der Bearbeitung beraten werden soll.

6. Gremienwahlen 2026

Herr Hoyer informiert: Im November 2026 wählen alle Pfarreien im Erzbistum an einem gemeinsamen Wahltermin die Pfarrei- und Gemeinderäte. Jede Pfarrei ist eingeladen, eine zentrale Ansprechperson zu benennen, die/den sog. Wahlpatin/Wahlpaten. Es wird Vernetzungs- und Informationstreffen für die Mitglieder der Wahlausschüsse geben.

Die Wahl wird online durchgeführt. Ziel ist es, die Stimmabgabe zu erleichtern und den Aufwand zu reduzieren. Es gibt die Möglichkeit der Briefwahl. Briefwahlunterlagen werden durch den Dienstleister ausgewertet. Die Wahlausschüsse sollen sich auf die Inhalte und die Kandidatinnen- und Kandidatenwerbung konzentrieren können.

Es wird eine zweistufige Begleitkampagne geben: zunächst zur Ansprache und Gewinnung von Kandidatinnen und Kandidaten, dann zur Aktivierung von Wählerinnen und Wählern. Menschen, die sich im Erzbistum engagieren, sollen auf den Plakaten zu sehen sein. Maïke Axenkopf (CKD) bittet darum, bei der Auswahl der Personen auf Diversität zu achten.

7. Anträge

7.1 Antrag zur Änderung der Satzung für die Gemeinderäte und die Pfarreiräte im Erzbistum Berlin (Amtszeit)

Frau Dr. Abmeier führt in den Antrag (s. Anlage 8) ein. Es geht dabei um die Rückkehr zu einer vierjährigen Amtszeit. Die Hoffnung, mit der Verkürzung auf drei Jahre eine größere Bindung und stärkere Beteiligung zu erreichen, hat sich nicht erfüllt. Der Vierjahres-Rhythmus würde eine Synchronisierung mit den Kirchenvorständen bedeuten.

Herr Klose (Hl. Edith Stein) befürwortet den Antrag ausdrücklich. Er war damals für die Verkürzung auf drei Jahre, begrüßt aber nach den Erfahrungen nun die Rückkehr zu vier Jahren. Frau Binek (KAB) spricht sich ebenfalls für die Zustimmung zu dem Antrag aus.

Der Antrag wird ohne Nein-Stimmen und mit 5 Enthaltungen beschlossen (s. Anlage 9).

7.2 Antrag zur Änderung der Satzung für die Gemeinderäte und die Pfarreiräte im Erzbistum Berlin (Ergänzungen)

Herr Hoyer führt in den Antrag (s. Anlage 10) ein. Das Ausscheiden von Personen aus Pfarrei- und Gemeinderäten ist bisher nicht geregelt. Diese Lücke soll geschlossen werden. Die Letztverantwortung trägt der Erzbischof.

Frau Bomke (Teltow-Fläming) fragt: Was sind „schwerwiegende Gründe“ (in § 9)? Dass in § 11, wo es um den Gemeinderat geht, gleich an den Vorstand des Diözesanrats verwiesen wird, anstatt auf den Pfarreirat als die nächste Ebene, sei nicht subsidiär.

Herr Klose (Hl. Edith Stein) und Herr Hoyer antworten: Die Formulierung in § 9 entstammt der Ordnung für Pfarrgemeinderäte. Das Verweisen an den Vorstand des Diözesanrats in § 11 ist in zweierlei Aspekten begründet: Der Diözesanrat hat die Verantwortung für die Laiengremien auf Pfarrei- und Gemeindeebene. Zum Zweiten sind mindestens zwei Mitglieder des Gemeinderats auch im Pfarreirat. Insofern können diese auch selbst involviert sein. Der Vorstand des Diözesanrats kann dann als neutrale Distanz fungieren.

Frau Heereman (Malteser) fragt vor dem Hintergrund des formulierten Rechts auf Anhörung danach, ob die Entscheidung begründet werden muss. Frau Grosch (Hl. Theresa von Avila) verweist auf die Einspruchsmöglichkeit beim Erzbischof. Damit gibt es ein Verfahren, in dem auch Begründungen ihren Platz haben müssen.

Frau Bomke (Teltow-Fläming) stellt, insofern am Ende ohnehin der Erzbischof alleinverantwortlich entscheidet, den Regelungsbedarf in Frage. Sie habe den Eindruck, der Antrag ist von Angst getrieben, und plädiert für Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Gremien. Herr Singelnstein (Einzelpersonlichkeit) bezeichnet den Vorschlag des Antragstext als niedrigschwellig und keineswegs überreguliert. Die Regelung wird nur in ganz wenigen Fällen wirksam werden, aber genau für diese Fälle ist Klarheit notwendig.

Änderungsantrag Herr Dr. Lehmann: Einfügung von „durch einen schriftlich zu begründenden Beschluss“

Der Änderungsantrag wird bei 1 Nein-Stimme und 6 Enthaltungen beschlossen.

Der Antrag wird in der um diese Änderung erweiterte Fassung zur Abstimmung gestellt.

Der Antrag wird bei 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen beschlossen (s. Anlage 11).

7.3 – a. Abwendung der Beschlussvorlage: Änderung der Wahlordnung („Erklärung der Kandidatur“) des Geschäftsführenden Ausschusses

Herr Volpers (Bernhard Lichtenberg) führt in Vertretung von Herrn Dr. Wetzel (Bernhard Lichtenberg) in den Antrag (s. Anlage 12) ein und trägt die schriftliche Begründung vor.

Herr Dr. Höwer (BKU) warnt davor, mit diesem Beschluss zahlreiche AfD-Sympathisanten, die in Pfarreien aktiv sind, auszuschließen. Pfarreien seien keine politischen Foren, sondern Glaubensorte.

Herr Singelstein (Einzelpersonlichkeit) berichtet davon, dass die AG gegen Rechtsextremismus den Antrag vorbereitet hat. Es gab mehrere Partizipationsmöglichkeiten, so dass die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zum jetzigen Zeitpunkt nicht gerechtfertigt sei. Frau Grosch (Hl. Theresa von Avila) erinnert an zahlreiche Informations- und Themenabende zu dem Thema, die das Themenfeld beraten haben. Schließlich gab es keine Änderungsanträge zum Antrag, der vor zwei Monaten verschickt worden ist.

Frau Delere (Einzelpersonlichkeit) bezeichnet die Begründung des Antrags als nicht vereinbar mit dem II. Vatikanischen Konzil. Der Diözesanrat muss Grenzen markieren, um eine Diskussionskultur zu ermöglichen. Sie plädiert für die Ablehnung des Antrags.

Der Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.
--

7.3 – b. Antrag zur Änderung der Wahlordnung für die Gemeinderäte und die Pfarreiräte im Erzbistum Berlin (Erklärung)

Frau Hoffmann (pax christi) führt in den Antrag (s. Anlage 13) ein: Es gibt eine Leerstelle in der Satzung. Kandidierende sollen künftig eine Erklärung abgeben, die klar macht, dass es keinen Platz für völkisches und rassistisches Gedankengut gibt. AG gegen Rechtsextremismus hat sich intensiv mit dem Thema damit befasst. Die hier vorgeschlagene Regelung orientiert sich an der Wahlordnung des Katholikenrats Magdeburg.

Herr Dr. Lehmann (Einzelpersonlichkeit) fragt, worin der Regelungsbedarf über die bereits bestehende Unvereinbarkeitsklausel hinaus besteht?

Herr Höckner (St. Otto) und Herr Hoyer bezeichnen die neue Regelung als noch konkreter. Sie reagiert auf den enorm gestiegenen Beratungsbedarf von Gremienmitgliedern, die sich an den Diözesanrat wenden. Frau Hoffmann (pax christi) bezeichnet die Selbstauskunft der Kandidatinnen und Kandidaten als wichtige Basis für die Zusammenarbeit.

Herr Fassbinder (Einzelpersonlichkeit) verweist auf ähnliche Regelungen im kommunalen Bereich. Auch wenn es damit immer wieder Schwierigkeiten gibt, bietet es eine Möglichkeit, zu agieren. Die Regelungen im Kommunalverfassungsbereich sind noch weiter gefasst als der zum Beschluss stehende Vorschlag.

Der Antrag wird bei 5 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen beschlossen (s. Anlage 14).

8. Verschiedenes

Herr Hoyer bittet um Ausfüllen der Evaluationsbögen. Es gibt die Möglichkeit, auch Themen für die nächsten Vollversammlungen vorzuschlagen. Die Rückmeldungen werden im Geschäftsführenden Ausschuss beraten und bei der Planung der nächsten Vollversammlung berücksichtigt.

Zu folgenden Veranstaltungen wird eingeladen:

- 16. November: Gedenken Zwangsarbeiter Friedhof Hermannstr. Neukölln
- 17. November: Digitales Engagement-Forum
- 16.-23. November: Deutsch-Polnische Woche der Begegnung und Versöhnung
- 02. Dezember: Aktualität und Attraktivität des christlichen Antisemitismus
- Anfang Januar: Sternsingergruppen für politische Empfänge gesucht
- 08. Februar 2026 KirchentagsSonntag: ökumenischer Gottesdienst und Begegnung
- 21. Februar 2026: Ökumenetreffen. Frieden stiften – aber wie?
- 13.-17. Mai 2026 Katholikentag in Würzburg
- 05. September 2026: Abkupfern erwünscht
- Laufend: Fortbildungsreihe Fit für die Jugendarbeit

Termin der nächsten Vollversammlung:

- 18. April 2026, Stralsund
Bereits am 17. April 2026 Vorprogramm
Übernachtungsmöglichkeiten werden vorgehalten

Frau Dr. Abmeier dankt allen Mitgliedern der Vollversammlung, Frau Wilhelm für die Moderation und den Mitarbeitenden der Geschäftsstelle für die Organisation.

Berlin, 08. Dezember 2025

Für das Protokoll

Dr. Lukas Hetzelein
Referent

Anlagen

- 1 Anwesenheitsliste
- 2 Bericht der Vorsitzenden (TOP 4)
- 3 Agenda Finanzen 2030 (TOP 4)
- 4 Bericht aus dem Diözesanvermögensverwaltungsrat (TOP 4)
- 5 Präsentation Herr Prof. Dr. Martin Elbe (TOP 5)
- 6 Präsentation Frau Kim Trinh Quang (TOP 5)
- 7 Dokumentation Gesprächsgruppen Schwerpunktthema (TOP 5)
- 8 Antrag „Änderung der Satzung für die Gemeinderäte und die Pfarreiräte im Erzbistum Berlin (Amtszeit)“
- 9 Beschluss „Änderung der Satzung für die Gemeinderäte und die Pfarreiräte im Erzbistum Berlin (Amtszeit)“

- 10 Antrag „Änderung der Satzung für die Gemeinderäte und die Pfarreiräte im Erzbistum Berlin (Ergänzungen)“
- 11 Beschluss „Änderung der Satzung für die Gemeinderäte und die Pfarreiräte im Erzbistum Berlin (Ergänzungen)“
- 12 Antrag „Abwendung der Beschlussvorlage: Änderung der Wahlordnung („Erklärung der Kandidatur“) des Geschäftsführenden Ausschusses“
- 13 Antrag „Änderung der Wahlordnung für die Gemeinderäte und die Pfarreiräte im Erzbistum Berlin (Erklärung)“
- 14 Beschluss „Änderung der Wahlordnung für die Gemeinderäte und die Pfarreiräte im Erzbistum Berlin (Erklärung)“